

## **12. Stärkung der öffentlichen Sekundarschulen durch einen prüfungsfreien Übertritt an die weiterführenden Schulen der Sekundarstufe II**

Einzelinitiative Peter Haberstich vom 26. November 2020

KR-Nr. 475/2020

### *Ordnungsantrag*

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos):* Im Sinne der Ratseffizienz

*beantrage ich Ihnen Kurzdebatte*

und dann können die Fraktionslosen auch noch reden.

### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat lehnt den Ordnungsantrag mit 61 : 25 Stimmen (bei 1 Enthaltung) ab.** Das Geschäft wird in reduzierter Debatte behandelt.

*Ratspräsident Roman Schmid:* Eintreten auf Einzelinitiativen ist obligatorisch. Gemäss Paragraf 139 des Gesetzes über die politischen Rechte ist festzustellen, ob die vorliegende Einzelinitiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird.

Zudem haben wir am 18. Januar 2021 beschlossen, dass der Einreicher an den Verhandlungen teilnehmen und die Einzelinitiative begründen darf.

*Peter Haberstich, Einreicher der Einzelinitiative:* Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Wir haben es heute auf der Sekundarstufe mit einer Situation zu tun, in der immer mehr Schülerinnen und Schüler schon ab der Primarschule in die Gymnasien wechseln, statt erst nach der zweiten oder dritten Sek, auch solche, die nur mit massivem Coaching ins Gymi kommen und dort bleiben können. Diese Kinder fehlen in der Sek. Und das führt dazu, dass in den ersten zwei Sek-Jahrgängen das Niveau sinkt. Und das wiederum führt umso mehr dazu, dass immer mehr Kinder schon nach der Primarschule ins Gymi wollen. Es dreht also eine Abwärts-spirale.

Ich weiss nicht, ob das politisch so gewollt ist. Aber ich bin sicher, dass es nicht gut ist für unsere Gesellschaft. Es ist nicht gut für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Denn wenn die Kinder so früh separiert werden, entstehen schon ab der Primarschule zwei Milieus, die sich kaum mehr kennen und später kaum mehr Verständnis füreinander haben werden: auf der einen Seite die Sekschüler, die eine Lehre machen, auf der anderen die Gymischüler, die an die Hochschulen gehen. Und es ist nicht gut für unser duales Bildungssystem und die Berufslehren. Denn durch diese «Langgymisierung» setzen sich immer weniger Kinder bewusst mit der Berufswahl auseinander, also mit der Frage, ob sie eine akademische Kar-

riere machen wollen oder vielleicht lieber mit einem konkreten Handwerk ins Berufsleben starten wollen. Die Lehre wird beim Weg über das Langgymi schon mit elf oder zwölf Jahren als Option einfach ausgeschlossen. Mit elf Jahren kann ein Kind diese Frage nicht beantworten, es braucht Zeit, um seine Talente zu entdecken.

Die Abwärtsspirale und der Run auf die Gymnasien nach der Primarschule führen zu einer weiteren Situation, die hoffentlich politisch nicht so gewollt ist, nämlich dazu, dass die meisten dieser Kinder nur deshalb an die Gymnasien wechseln können, weil sie von privaten Kursanbietern auf die Gymiprüfung hin trainiert werden, notabene auf Prüfungsstoff, welcher im Regelunterricht noch gar nicht behandelt wurde. Ich weiss nicht, ob es dazu Zahlen gibt, aber eine Umfrage in meinem Umfeld hat ergeben, dass die allermeisten Langgymi-Kinder mit Privatkursen auf die Prüfungen hin trainiert wurden. Dieses bezahlte «Teaching to the Test» ist nicht nur ein extremer Stress für die elf- bis zwölfjährigen Kinder und ihre Eltern, es schränkt vor allem die Chancengerechtigkeit massiv ein. Die Kurse kosten mehrere tausend Franken. Kinder von Eltern, die sich das nicht leisten können oder nicht leisten wollen, haben somit kaum Chancen auf einen Übertritt. Denn die Hürde steigt natürlich, je besser die Kinder trainiert sind. Natürlich können Eltern ihre Kinder auch zu Hause selber auf die Prüfung trimmen, aber auch das können nur gewisse Eltern leisten. Kinder aus bildungsfernen Haushalten sind im Nachteil.

Man darf sich zudem fragen, ob eine solche Momentaufnahme überhaupt das richtige Beurteilungskriterium dafür ist, ob ein Kind mit einer Berufslehre oder einer Matura seinen Karriereweg einschlagen sollte. Unter dem Strich führt diese Dynamik dazu, dass Kinder, deren Eltern es sich leisten können, eher einen akademischen Weg einschlagen, und Kinder, deren Eltern es sich nicht leisten können, eher eine Berufslehre machen.

Diejenigen von Ihnen, die finden, dass das kein Problem sei, können von mir aus jetzt weghören. Den anderen möchte ich einen kleinen Antrag stellen, um das Schulsystem ein bisschen fairer zu machen. Der Antrag allein löst die beiden Probleme nicht, aber er bietet die Möglichkeit, die Abwärtsspirale zu durchbrechen und etwas mehr Chancengerechtigkeit herzustellen. Ich beantrage, dass der Übertritt von der Sek I an die weiterführenden Maturitätsschulen – Gymnasium, Fach-, Handels- und Informatikmittelschule sowie Berufsmaturitätsschule – ohne Aufnahmeprüfung erfolgen kann. Wer will, soll es auch mit Prüfung versuchen dürfen. Es geht hier ausdrücklich um den Übertritt von der Sek I an die Maturitätsschulen und nicht von der Primarschule ins Langgymi. Ein prüfungsfreier Übertritt ins Kurzgymi oder andere Maturitätsschulen macht den Übertritt von geeigneten Kindern nicht nur viel fairer, sondern er macht auch die Sekundarschule attraktiver, gerade auch für gute Primarschülerinnen und -schüler, weil sie damit nämlich die Gewissheit haben, dass beim Übertritt ihre schulischen Leistungen zählen werden – und nicht die eines Tests, auf den man sich trainieren lassen kann. Wenn nun mehr gute Schülerinnen und Schüler in die Sek gehen, dann wird dadurch automatisch das Niveau der Sek steigen. Denn diesen Kindern

müssen Lernangebote gemacht werden, die ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechen. Das Ziel ist also eine starke Sek für eine bewusste Berufswahl und einen guten gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine Sek, die eine faire Übertrittschance bietet.

Jetzt fragen Sie sich vielleicht: Zählt dann Leistung nichts mehr ohne Prüfung? Und steigt dadurch nicht der Druck auf die Lehrpersonen? Natürlich zählt dann Leistung noch, sogar umso mehr. Es zählt aber nicht mehr die Leistung einer Momentaufnahme, auf die man sich trainieren lassen kann, sondern es zählt die Leistung, die während des Unterrichts gezeigt wird und in den vielen Prüfungen, die unter dem Jahr stattfinden. Die Empfehlung erfolgt also aufgrund dieser Noten und durch die Einschätzung der Lehrerschaft. Und man darf davon ausgehen, dass die Klassenlehrperson zusammen mit zwei bis drei Fachlehrpersonen besser einschätzen kann, ob ein Kind für eine Maturitätsschule geeignet ist, als eine dreistündige Momentaufnahme.

Diese kleine Änderung, die ich Ihnen vorschlage, ist übrigens keine Revolution, sondern das läuft schon in zehn anderen Kantonen problemlos so ab. Ich bitte Sie also: Denken Sie an den sinnlosen Stress und die unmögliche Entscheidung, vor der elfjährige Kinder heutzutage stehen. Geben Sie einer Stärkung der Sek eine Chance. Denn eine starke Sek fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das duale Bildungssystem mit den Berufslehren. Und denken Sie bitte daran, dass ein liberaler Gesellschaftsentwurf nur mit Chancengerechtigkeit realisiert werden kann. Ich danke Ihnen.

*Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen):* Es gibt einen Handlungsbedarf beim Übertritt von der Volksschule in die Sekundarstufe II. Die SVP ist aber damit einverstanden, dass der Übertritt ein Dreiklang sein soll, ein Dreiklang aus einer Vornote, einer Prüfung und anschliessend einer Probezeit. Die Prüfung ohne Teaching für den Test, bei diesen Vorbereitungen auf die Prüfung ist tatsächlich ein Schwachpunkt im heutigen System, das muss hinterfragt werden, da muss etwas geschehen. Aber die Abschaffung der Prüfung, wie dies der Einzelinitiant fordert, ist der falsche Weg. Wir sind konkret der Meinung, dass sowohl die Vornoten genügend sein müssen als auch die Prüfung erfolgreich, mit einem genügenden Schnitt absolviert und auch die Probezeit bestanden werden muss, dass also drei Kriterien erfüllt werden müssen und dass nicht wie heute zum Beispiel mit den Vornoten die Prüfungsergebnisse aufgehoben werden können oder mit den Prüfungen die Vornoten kompensiert werden können. Also am Dreiklang festhalten, aber keine Kompensation mehr. Das führt dazu, dass der Eintritt in die Sekundarstufe II, in die Maturitätsschulen, eher schwieriger wird gegenüber heute, dass wir Leute in den Maturitätsschulen erhalten, Schülerinnen und Schüler, die alle drei Kriterien erfüllen, die eben nicht kompensieren können. Dadurch steigern wir die Exzellenz der Maturitätsschulen, aber auch die Exzellenz der Sekundarstufe, weil dann einige gute Schülerinnen und Schüler auf der Sek bleiben werden, gar nicht erwägen, die Prüfung zu machen, wenn die Vornoten nicht auch genügend sind zum Beispiel oder umgekehrt, mit guten Vornoten, aber immer Misserfolge bei Prüfungen haben, die werden dann gar nicht zur Prüfung antreten. Sie

erwägen es nicht, sondern bleiben von Anfang an den Berufslehren erhalten und werden auch dort gute Karrierechancen haben, weil der Weg über die Fachhochschulen, die Passerellen und all die Brücken später offensteht. Unser Bildungssystem ist sehr durchlässig, und das ist gut so.

Die Einzelinitiative geht in die falsche Richtung. Ein Handlungsbedarf ist da, aber eigentlich anders. Die Kompensation der Vorleistungen muss aufgehoben werden. Ich bitte Sie, die Einzelinitiative abzulehnen.

*Sylvie Matter (SP, Zürich):* Der Einzelinitiant hat vorher ausgeführt, dass sein Antrag eine Möglichkeit bietet, die Abwärtsspirale zu durchbrechen und etwas mehr Chancengleichheit herzustellen. Die SP – das kann ich vorwegnehmen – stimmt dieser Analyse zu und wird daher für die Überweisung stimmen.

Wir sind stolz auf unsere Volksschulen und wir sind überzeugt, dass sie alle Kindern auf den für sie geeigneten Anschluss vorbereiten. Wir wollen, um auch diesen Vorwurf gleich vorwegzunehmen, nicht mehr Jugendliche am Gymnasium. Wir wollen, dass alle einen Anschluss an die Volksschule haben, der ihren Fähigkeiten entspricht – und nicht dem Portemonnaie ihrer Eltern. Wir wollen die Chancengerechtigkeit stärken.

Die heutige Regelung in Zürich für den Übertritt ans Gymnasium widerspricht der Chancengleichheit. Eltern, die es sich leisten können, finanzieren ihren Sprösslingen teure und aufwendige private Prüfungsvorbereitungskurse oder investieren selber sehr viel Zeit ins Prüfungstraining ihrer Kinder. Wer kein spezifisches Training absolviert, hat viel geringere Chancen, die Aufnahmeprüfung zu bestehen. Neben der Vorbereitungskurs-Problematik ist die Übertrittsprüfung eine Momentaufnahme. Das ist bei einem prüfungsfreien Übertritt mit der Empfehlung der Lehrperson nicht der Fall. Der Präsident des Sekundarschullehrpersonalverbandes (*Dani Kachel*) hat im Vorfeld dieser Beratung kritisiert, dass sich ja auch ihre Empfehlungen auf Noten und somit Prüfungen stützen würden. Nun gut, zum einen ist anzunehmen, dass auch die Unterrichtsbeiträge einen Teil dieser Noten ausmacht, und zum anderen ist es ein deutlicher Unterschied, ob es um eine Prüfung in einzelnen Fächern an einem einzigen Tag geht oder um viele Prüfungen zu diversen Fächern über einen ganzen Zyklus verteilt. Auch der Vorwurf, dass mit dem Entscheid einzelne Lehrpersonen einem erhöhten Druck ausgesetzt werden, greift nicht bei einer Empfehlung aus der Sekundarschule, wo mehrere Lehrpersonen mit einer Klasse arbeiten und so die Entscheidung von einem Team getroffen wird.

Geht ein Kind ins Untergymnasium, muss es bereits mit elf oder zwölf die Entscheidung treffen, nach der Volksschulzeit noch länger zur Schule zu gehen. Geht es in die Sekundarschule, steht die Entscheidung, ob es noch mehr Schule oder eine Lehre machen oder beides – Lehre mit Berufsmatura – kombinieren will, erst drei Jahre später an. Diese Entscheidung bereits mit elf oder zwölf zu fällen, ist zu früh. Zudem kann, wer mehr Schule nach der Volksschule wählt, nicht nur ans Gymnasium. Es gibt auch Fach-, Handels- und Informatikmittelschulen. Die Anschlussmöglichkeiten an die Sekundarschule sind vielfältig und wir dürfen die Wege nicht zu früh verschliessen. Wenn zu viele Kinder nach der sechsten Klasse

ins Gymnasium drängen, verschwinden diese Wege aus ihrem Blick. Wenn sich nach dem Untergymnasium zeigt, dass der akademische Weg doch nicht der Weg für eine Schülerin und einen Schüler ist, ist die Abzweigung schwer. Berufsvorbereitung ist zu diesem Zeitpunkt im Gymnasium nicht vorgesehen, das Absolvieren von Schnupperlehren auch nicht.

Die Einzelinitiative will den Jugendlichen Zeit geben, ihren Weg zu finden und einen bewussten Entscheid zu treffen, aufgrund ihrer Fähigkeiten und Interessen. Die Rolle der Sekundarschule im Zürcher Bildungssystem soll gestärkt werden. Ich weiss, das wir hervorragende Lehrpersonen in der Sek haben und ich bin überzeugt, dass diese einen Unterricht machen, von welchem auch die Schülerinnen und Schüler profitieren, welche heute ins Untergymnasium gedrängt werden, auch wenn das Gymnasium nicht oder noch nicht der richtige Platz ist.

Darum wird die SP dieser Einzelinitiative zustimmen.

*Carola Etter (FDP, Winterthur):* Ja, wir haben es gehört, die Einzelinitiative möchte die Aufnahmeprüfung ans Gymi nach der Sekundarschule I durch eine Empfehlung der Lehrpersonen ersetzen. Und im Zweifelsfall soll eine Prüfung abgelegt werden. Nicht alle Kantone kennen Aufnahmeprüfungen. Die Idee klingt bestechend: Alle, die möchten, können prüfungsfrei und aufgrund einer Empfehlung ans Gymnasium übertreten. Doch genau in dieser Empfehlung sowie in der Ablegung einer Prüfung im Zweifelsfall liegt die Krux.

Die FDP ist der Ansicht, dass die Prüfung nach wie vor sinnvoll ist, und zwar aus zwei Gründen: Erstens gewährleistet die Aufnahmeprüfung am ehesten die intersubjektive Überprüfung der Lernziele, an welche die Mittelschule dann eben anknüpft. Diese ist wichtige Voraussetzung für den Start in die neue Schulstufe, sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch für die dortigen Lehrpersonen. Und es ist für die Mittelschulen eine wichtige Basis, sodass dann schliesslich diese wiederum ihre Lehrziele erreichen und die Schüler für Anschlusslösungen vorbereiten. Und zweitens darf der Druck, der auf den Sekundarlehrpersonen lasten würde, nicht unterschätzt werden.

Wir haben es gehört, die Lehrpersonen möchten diese Entscheidung für einen solchen Schritt gar nicht allein tragen, auch im Team nicht. Es ist ja zu erwähnen, dass wir immer noch eine Klassenlehrperson haben. Es wäre mit einem massiven Einwirken der Eltern zumindest auf diese Lehrperson zu rechnen. Es ist in ihrem Interesse, also im Interesse der Lehrpersonen, dass ihre Schülerinnen und Schüler die ideale Anschlussausbildung besuchen können. Bereiten die Lehrpersonen ein fürs Gymnasium geeignetes Kind auf die Prüfung vor, so kann es diese auch bestehen. Dass der Prüfungsstoff im Unterricht nach der Sek-I-Stufe nicht stattfindet, wie in der Begründung steht, ist schlicht nicht wahr. Das Kind muss am Ende aber eben noch das Seine tun, um an der Aufnahmeprüfung zu reüssieren. Beim Übertritt an ein Gymnasium nach der Sekundarstufe darf das auch erwartet werden.

Ein problematisches Thema ist die Vorbereitung, wie wir jetzt schon verschiedentlich gehört haben. Mittels Zusatzkursen wird der Aufwand spiralartig

hochgeschraubt, aber das ist ein anderes Thema, dagegen können wir mit der Abschaffung einer Aufnahmeprüfung rein gar nichts tun.

Die Einzelinitiative würde auch nicht zu mehr Chancengleichheit führen, denn ein geringeres Interesse am Langzeitgymnasium, wie es Herr Haberstich erwähnt hat, würde daraus nicht resultieren. Auch die Nivellierung nach unten würde damit nicht behoben. Es gibt vielleicht ein Problem, nämlich, dass wir von Sek A bis Sek C die Klassen gemischt haben und deshalb gewisse Eltern tatsächlich ins Langzeitgymnasium drängen. Aber das ist ein völlig anderes Thema und hat nichts mit der Aufnahmeprüfung nach der Sekundarstufe zu tun.

Ich komme zum Fazit: Die Einzelinitiative ist lückenhaft formuliert und bringt praktische Probleme in der Umsetzung mit sich. Eine Empfehlungsaussprache ist kaum oder nur sehr schwer möglich. Und in welchem Zweifelsfall soll dann bitte nachher trotzdem, nach erfolgter positiver Empfehlung, noch eine Aufnahmeprüfung abgelegt werden? Und lassen Sie mich nebenbei noch das erwähnen: Der Einzelinitiant, Herr Haberstich, ist Mitglied der Bildungskommission der SP. Die SP hätte für die Abschaffung der Gymiprüfung auch den parlamentarischen – und längeren – Weg mittels Postulat wählen können. Wir unterstützen die EI nicht. Sie würde nur die Eltern-Lehrer-Beziehung zusätzlich belasten und die Intersubjektivität der Lernzielerreichung gefährden. Viel sinnvoller als die Abschaffung der Gymiprüfung wäre es unseres Erachtens, wenn die Vornoten wieder zählen würden. Diese werden im Moment wegen eines Rekurses von den Privatschulen nicht gewertet. Diese würden aber der Lehrperson wieder mehr Einflussmöglichkeit geben. Und wenn man auch neben den Prüfungsfächern alle Fremdsprachen und die Naturwissenschaften vielleicht noch mitzählt, würde es tatsächlich die Schulfächer der Sekundarschule aufwerten.

*Christoph Ziegler (GLP, Elgg):* Hüst und Hott, Welch ein Hin und Her um die Aufnahmeprüfung. Was wurde in der letzten Zeit über den Übertritt aus der Sekundarschule I an die weiterführenden Schulen der Sek II alles diskutiert? Erlauben Sie mir, dass ich einen kurzen Abriss gebe: Die Bildungsdirektion wollte vom bewährten System abkehren und die Vornoten aus der Sekundarschule gänzlich abschaffen. Über die Aufnahme ins Gymnasium sollte nur eine Prüfung entscheiden. Auf Druck des Kantonsrates wurde dann dieses Vorgehen – zum Glück – korrigiert. Zusammen mit den Verbänden musste die Bildungsdirektion also ein neues Übertrittsverfahren ausarbeiten. Nun zählen die Vornoten wieder zum Prüfungsergebnis dazu, ein breit abgestützter Kompromiss. Dieser Kompromiss ist allerdings wegen eines hängigen Rekurses der Privatschulen nicht einmal umgesetzt. Bei der Prüfung dieses und anscheinend auch nächsten Jahres zählen die Vornoten noch nicht, einzig das Prüfungsergebnis ist entscheidend. Und nun, noch bevor das breit abgestützte Verfahren umgesetzt wird, will diese Initiative das totale Gegenteil der Regierung: Sie will die Prüfung wieder gänzlich abschaffen und nur noch auf das Urteil der Lehrpersonen abstellen. Begründet wird diese EI mit Chancengleichheit und Stärkung der öffentlichen Schulen. Es ist aber das Gegenteil von Chancengleichheit, wenn die Schülerinnen und Schüler nur vom Wohlwollen der Lehrpersonen abhängig sind, damit sie an eine weiterführende

Schule übertreten können. Es ist doch das Gegenteil von Chancengleichheit, wenn es für mich als Schüler drauf ankommt, wie viel Druck meine Eltern, eventuell zusammen mit einem Heer von Anwälten, auf die Lehrpersonen ausüben, damit ich ins Gymi komme.

Es gibt noch weitere Gründe, die dagegen sprechen: Für die Aufnahme in eine Berufslehre wird schon jetzt beinahe standardmässig ein Test, Multicheck oder Stellwerk, gefordert, für eine weiterführende Schule soll das den Jugendlichen aber nicht zugemutet werden können. Eine Annahme dieser EI würde zudem den Druck auf die Gymnasialquote stark erhöhen und so die Volksschule kaum stärken. Ich bin überzeugt vom ausgearbeiteten Kompromiss. Lehrpersonen können gut beurteilen, wer eine weiterführende Schule erfolgreich absolvieren kann, deshalb sollen die Vornoten zählen. Dazu ist den Jugendlichen aber auch zuzutrauen, ihr Leistungsvermögen am Tag X unter Beweis zu stellen, deshalb soll die zentrale Aufnahmeprüfung auch zur Hälfte zählen. Die gleiche Prüfung über den ganzen Kanton hinweg erhöht übrigens die Chancengleichheit und ist gleichzeitig ein Indikator für die Lehrpersonen, ob die Zeugnisnoten etwa im Kantonsmittel sind. Noch etwas zum Initianten: Wenn ich den Argumenten zuhöre, komme ich zur Überzeugung, dass diese EI die von ihm angesprochenen Probleme überhaupt nicht löst. Wenschon müsste er eine Abschaffung des Langzeitgymnasiums fordern.

Die GLP unterstützt diese EI nicht.

*Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster):* Auch wir Grüne werden diese EI nicht unterstützen. Ich glaube, wir sind uns einig: Die Bildungschancen in unserem Land sind viel zu sehr von der sozialen Herkunft abhängig. Auch kennt unser Bildungswesen eine sehr frühe Selektion, eine wahrscheinlich viel zu frühe Selektion. Mit dieser frühen Selektion sind auch wir Grüne nicht glücklich. Warum aber die Einzelinitiative mit ihrer Forderung nach einem prüfungsfreien Übertritt aus der Sek I in die Maturitätsschulen genau an dieser frühen Selektion etwas ändern soll, erklärt sich für uns eben gerade nicht. Und warum auch ein prüfungsfreier Übertritt ein fairer Übertritt sein soll, auch das ist für uns nicht plausibel.

Wir gehen davon aus, dass es nie absolut faire Übertrittsverfahren gibt, aber dennoch sind Übertrittsverfahren wesentlich fairer – das haben wir von Matthias Hausser gehört –, wenn sie sich auf mehrere Bestandteile abstützen. So gesehen finden wir es sinnvoll, wenn in Zukunft eben sowohl die Vornoten wie auch die Prüfung dann wieder beim Übertrittsverfahren zählen. Dann vielleicht noch ein Blick auf Bern: Im Kanton Bern ist es ja möglich, mit der Empfehlung von Lehrpersonen ins Gymnasium überzutreten. Man kann das im Bildungsbericht 2018 nachlesen: Auch in Bern floriert das Nachhilfewesen. Also auch mit einem prüfungsfreien Übertritt von der Sek I in die Maturitätsschulen schaffen wir das Nachhilfewesen also nicht einfach ab. In diesem Sinne sehen auch wir nicht, dass diese EI tatsächlich zu mehr Chancengerechtigkeit führt, deshalb lehnen wir sie ab. Besten Dank.

*Judith Anna Stofer (AL, Zürich):* Die Alternative Liste unterstützt die Einzelinitiative vorläufig. Wir sind ebenfalls überzeugt, dass die Sekundarschule I mit dieser

Einzelinitiative gestärkt werden könnte. Dies ist dringend nötig. Wir haben gute Sekundarschulen im Kanton Zürich. Dass sie aber je länger je mehr durch das unsägliche und sehr teure Wettrüsten um einen Platz in einem Gymnasium unter die Räder kommen, ist leider eine Tatsache, da gibt es nichts schönzureden. Auch wenn heutzutage sehr oft und ausgiebig über die Wichtigkeit einer diversen und inklusiven Gesellschaft diskutiert wird, haben wir die Klassengesellschaft noch nicht überwunden. Wir sind mit dem Initianten einig, dass die Sekundarschulen I aufgewertet werden, wenn Schülerinnen und Schüler nach Abschluss der Sek prüfungsfrei an die Mittelschule wechseln können. Viele Studien zeigen: Je später die Selektion stattfindet, desto grösser ist die Chancengleichheit, weil dann auch Spätzügler eine Chance erhalten, an eine weiterführende Schule zu wechseln. Etwas unschön ist für die Alternative Liste, dass für den Übertritt einzig auf die Empfehlung der Lehrpersonen abgestellt wird. Damit sind immer willkürliche Elemente verbunden. Es ist für uns darum umso wichtiger, dass im Zweifelsfall die Möglichkeit besteht, ein Prüfung ablegen zu können. Ohne dieses Element würde die Alternative Liste diese Einzelinitiative nicht unterstützen. Unschön ist für die Alternative Liste zudem, dass die Langzeitgymnasien weiter bestehen bleiben. Die Langzeitgymnasien übernehmen einen Teil der Volksschule und fördern damit eine einseitige Separation. Mit der Einzelinitiative besteht die Gefahr, dass die Langzeitgymnasia zu eigentlichen Eliteschulen mutieren. Für die Alternative Liste ist es darum eminent wichtig, dass die Langzeitgymnasien aufgelöst beziehungsweise in Kurzzeitgymnasien umgewandelt werden. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*Peter Haberstick, Einreicher der Einzelinitiative:* Vielen Dank für die Diskussion. Sie hat bestätigt, dass es offensichtliche Probleme gibt in diesem System. Für diese Aufrüstungsspirale, die durch die Privatkurse in Gang kommt, gibt es keine einfache Lösung, wir haben es uns lange überlegt. Man kann diese Privatkurse nicht einfach verbieten. Auch die Abschaffung des Langgymnasia haben wir uns überlegt. Ich bin überzeugt, dass es Kinder gibt, deren einziges Hobby das Lernen ist. Für diese Kinder soll es weiterhin ein Langgymnasium geben. Ich möchte noch kurz auf verschiedene Stimmen eingehen, die gesagt haben, es hänge einzig vom Wohlwollen der Lehrer ab. Das ist nicht so gedacht. Es wird weiterhin viele Prüfungen im Schulunterricht geben. Bei diesen Prüfungen müssen die Kinder beweisen, dass sie über längere Zeit hinweg schulische Leistungen erbringen können – und nicht nur bei einer Momentaufnahme. Und zum Druck auf die Lehrer: Ich bin sicher, dass man von den Lehrern erwarten darf, dass sie diese Entscheidung mit den Eltern und den Kindern zusammen fällen können. Ich danke Ihnen.

#### *Abstimmung*

**Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative KR-Nr. 475/2020 stimmen 39 Ratsmitglieder.** Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht worden. Die Initiative ist abgelehnt.



Das Geschäft ist erledigt.